Rundschreiben 72 des KB Wien 29.7.1976

Zum Meinungskampf über die Frage von Krieg und Frieden
Einige Bemerkungen zur neuen Stellungnahme von K.P.Sch.(Rs.68)

1. Meinungsverschiedenheiten in und anhand dieser Frage sind inzwischen im KB Sa/Ha, Wien und Linz aufgetreten. Am weitesten sind die falschen Auffassungen bisher von G.H. in Salzburg fortentwickelt worden. Er vertritt bereits mehr oder weniger offene Positionen der "Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg " und hat z.B. auch die Linie unseres Auftretens zur Wehrgesetznovelle abgelehnt, weil man neben dem"negativen Aspekt"( (verstärkter Zwang, Kasernendrill, Militarisierung etc.) auch den "positiven Aspekt" der Wehrgesetznovelle sehen müsse, nämlich daß diese eine"Antwort der österreichischen Bourgeoisie auf die von den beiden Supermächten ausgehende Kriegsgefahr" sei. "Wenn man die Notwendigkeit der Landesverteidigung gegen die Supermächte anerkennt, dann muß man auch anerkennen, daß das Militärkonzept der Bourgeoisie in einem gewissen Rahmen gegen die Supermächte gerichtet ist." Abgesehen davon, daß letzteres nicht stimmt, denn dieses Militärkonzept ist nicht gegen die USA gerichtet, sondern Bestandteil der NATO-Strategie gegen die SU, "anerkennen" wir die Notwendigkeit der Auf rüstung des Bundesheeres keineswegs, weder nach innen noch nach außen, wobei man beides ohnehin voneinander nicht trennen kann. Wir sind nicht nur gegen die undemokratische Form der Aufrüstung des Bundesheeres, sondern vor allem gegen die Aufrüstung selbst. Interessant an der Stellungnahme von G.H. zum Programmentwurf ist auch, daß dort von einem Standpunkt des imperialistischen Ökonomismus gegen die Lonie des revolutionär-demokratischen Kampfes argumentiert wird, während bekanntlich als Weg des Herankommens an die Revolution und als nächste Aufgabe im Klassenkampf der Zusammenschluß aller freidliebenden und patriotischen Kräfte gegen die Supermächte und den Krieg angegeben wird, Hand in Hand gehen hier imperialistischer Ökonomismus in der Frage der Demokratie im allgemeinen und kleinbürgerlicher Nationalismus in einer Frage der Demokratie. Der Nächste Schritt, den G.H. noch nicht macht, den aber dafür K.P.Sch., der ansonsten wiederum in vielem nicht mit G.H. mitzieht, bereits vorweggenommen hat, ist der Gedanke, daß dieser Zusammenschluß die Form einer "Volksregierung" annehmen wird und wir uns auf so etwas orientieren sollten. Sind die falschen Positionen erst einmal bis dahin ausgebaut, dann sind sie in einer kompletten Strategie verdichtet, die mit der Strategie des zukünftigen KB Österreichs nichts gemeinsam haben, sondern in offenem, antagonistischen Widerspruch da zu stehen wird.

2. Ich beschränke mich hier auf die unmittelbare Auseinandersetzung mit der letzten Stellungnahme von K.P.Sch. Ich versuche hier nicht ein umfassendes Bild seiner Positionen zu zeichnen und eine umfassende Auseinandersetzung damit zu führen. Das liegt vor allem daran, daß K.P.Sch. selbst so vorgegangen ist, daß er das meiste was bisher an falschem in dieser Frage vertreten worden ist, teils stillschweigend korrigiert, teils den Mantel des Schweigens darüber gebreitet, teils keinen deutlichen Standpunkt mehr dazu bezogen hatt Wurde der Angriff gegen unsere politische Linie ursprünglich von der Beurteilung der internationalen Lage her geführt, so wird er jetzt - nachdem der erste Angriff auf und im Gefolge der DK zurückgewiesen worden ist -hauptsächlich an andren Stellen vorgetragen. Daran liegt es übrigens, daß der Aufsatz von G.St. im letzten "Kommunist" die von K.P.Sch. in dieser Stellungnahme vertretenen Positionen nicht ausreichend trifft, nicht daran, daß es die dort kritisierten Positionen ohnehin nie gegeben hätte, wie K.P.Sch. in seinem Vorwort behauptet.

Während G.H. in Salzburg eine ziemlich umfassende und "ausgereifte" Position vorgelegt hat, ist die Position von K.P.Sch. noch unklar und im raschen Fluß. Unbedingt muß man nicht nur die letzte Stellungnahme von K.P.Sch., sondern auch die früheren Stellungnahmen im Auge behalten. Keinesfalls darf man die früheren Auseinandersetzungen"ver=gessen". Es ist auch so, daß der Sache nach in der neuen Stellungnahme von K.P.Sch. mit Ausnahme der Konsequenz der"Volksregierung" nichts Neues enthalten ist. Es wurde praktisch alles schon gesagt, es wurde lediglich in der Stellungnahme neu gruppiert und gewichtet.

Ich versuche mit dieser Antwort auf die Stellungnahme den Genossen zu erleichtern, gestützt auf unsere Dokumente, in denen unsere Linie positiv entwickelt wird, -Programmentwurf, Entwurf der politischen Resolutionen für die Gründungskonferenz, "Kriegsgefahrresolution"- die Positionen von K.P.Sch. zu schlagen.
Mehr ist diese Antwort nicht, sie kann die umfassendere theoretische Auseinandersetzung nicht nur mit K.P.Sch., sondern mit der ganzen aufkommenden und z.Teil bereits weit fortentwickelten Richtung der "Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg" in unseren Reihen nicht ersetzen, sie schließt daher eng am Text und nur am Text der jüngsten Stellungnahme von K.P.Sch an.

3. Bei K.P.Sch. sind, wie gesagt, die Positionen gegenwärtig noch nicht soweit augebaut, wie bei G.H. Allerdings kann trotzdem kein Zweifel bestehen, daß die Stellungnahme von K.P.Sch. klar und klarer noch als bisherige Äußerungen in Richtung "Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg"geht. Dies obwohl in Bezug auf die internationale Lage und unsere daraufolgenden Aufgaben einiges bereits gesagt stillschweigend bereits zurückgenommen oder zumindest nicht mehr vertreten wird. Dies obwohl durch die Form der "nur positiven" Darstellung seiner Positionen klare Stellungnahmen zu den vorliegenden Dokumenten, v.a. zum Programmentwurf, umgeht und die Tiefe der Differenzen daher schwerer sichtbar macht, als es sonst der Fall wäre. Über weite Strecken wird außerdem nicht klar und deutlich worum es geht. So halten wir im Programmentwurf und in d der "Kriegsgefahrresolution" fest, daß wir gegen eine engere Bindung Österreichs an die Supermächte und andre größere imperialistische Mächte sind,z.B. gegen eine weitergehende Eingliederung in die NATO, gegen eine engere Bindung an die EWG usw. K.P.Sch. äußert sich dazu nicht ausdrücklich. Allgemein schreibt er, daß wir die "Einigungstendenzen der Monopolbourgeoisie" unterstützen, sowie alle "negativen Aspekte dieser Einheit" bekämpfen müssen, d.h. - wenn ich den differenzierten Sinn der Begriffe "Tendenzen" und "Aspekte" richtig verstehe - für die engere Bindung Österreichs an die EWG und, wenn schon nicht für die NATO, dann jedenfalls für die Unterstützung und Beteiligung an den eigenständigen Bestrebungen der westeuropäischen Imperialisten innerhalb der NATO, eintreten müßten. Daß wir dieser "Einheit des Monopolkapitals" des weiteren die "Einheit der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker"gegenüberstellen müßten - diese Phrase ändert nichts an der Tatsache, daß hier praktisch einer Spielart von reaktionärer und proimperialistischer Politik das Wort geredet wird. Es wäre gut, K.P.Sch. würde klar und eindeutig zu solchen konkreten Fragen, auf die die Kriegsgefahrresolution auf der Grundlage des Programmentwurfs antwortet, Stellung beziehen.
Statt dessen spielen bei K.P.Sch. die beiden Militärblöcke unter dem Kommando der Supermächte praktisch keine Rolle. Die Erklärung für diesen Sachverhalt ist einfach: um alles in sein Schema von 3 Welten pressen und die vier großen Widersprüche vernachlässigen zu können, soweit sie nicht in dieses Schema passen, werden eben die"Hindernisse" aus dem Weg geräumt!

In diesem Zusammenhang muß man auf die Formulierung hinweisen, die Erste Welt sei das "Zentrum des Imperialismus und der Reaktion, während die Dritte Welt das Zentrum des Kampfs gegen Imperialismus Kolonialismus und Hegemonismus sei. (S.17) Das Bild von den drei Welten ist geeignet, um auf der Grundlage der vier großen Widersprüche die heutige internationale Lage zu beleuchten. In diesem Sinn muß es auch relativiert werden. Es ist nur ein Bild, deckt keinesfalls die großen Widersprüche, deren Entwicklung die Geschichte bestimmt, ab und ist für sich genommen auch nicht tauglich, um "Freund und Feind zu unterscheiden ", wie K.P.Sch. bei den beiden Versammlungen sagte. Es kämpft ja nicht Dritte Welt gegen Erste Welt, es kämpfen die unterdrückten Völker und die Proletarier aller Länder, auch der Länder der Ersten und Zweiten Welt, um ihre Befreiung und durch diesen Kampf vorangetrieben entfaltet sich das Befreiungsstreben der Nationen und das Unabhängigkeitsstreben der Staaten. Die vielleicht scheinbar belanglose Formulierungsschwäche muß einen zu größter Wachsamkeit rufen, denn solche Fehler haben bekanntlich die traurigsten Folgen, laufen sie doch auf das "Vergessen" der Klassengegensätze und Klassenkämpfe in den Ländern der Zweiten Welt hinaus.

4. Nach diesen einleitenden Bemerkungen komme ich zu den Hauptfragen der Stellungnahme von K.P.Sch. Er sagt selbst, daß es bei den Differenzen nicht um die Prinzipien des ML gehe, sondern um die Einschätzung der konkreten Lage und die Taktik der Kommunisten. Tatsächlich gibt es hinsichtlich der Lagebeurteilung und der Taktik Differenzen und oft fangen grundsätzliche Differenzen hier an. Die Rede ist vom Krieg und das Erste und Wichtigste ist daher, diesen drohenden Krieg konkret einzuschätzen, d.h. nach seinem Klassencharakter zu beurteilen, danach <u>welche</u> Politik <u>welcher</u> Klasse im Krieg fortgesetzt wird.

Der drohende Krieg wird ein Krieg zwischen den beiden Supermächten und den unter ihren Kommando stehenden Militärblöcken in und um Europa sein. Österreich droht aufgrund seiner Lage Kriegsschauplatz zu werden und die österreichische Bourgeoisie bereitet sich - aufgrund ihrer ökonomischen (Kapitalverflechtung!), politischen militärischen Abhängigkeit vom westlichen imperialistischen Lager- darauf vor, den Krieg an der Seite und im Rahmen der NATO zu führen. Dieser Krieg wird von beiden Seiten und auch von Seiten der österreichischen Bourgeoisie ein imperialistischer Krieg sein. Die österreichische Bourgeoisie wird nicht "Österreich verteidigen", sondern für ihre imperialistischen Interessen an der Seite der einen Supermacht gegen die andre eintreten. Das "nationale Moment", daß Österreich vom Sozialimperialismus überfallen wird, wird demgegenüber vollkommen bedeutungslos sein. Für diesen Krieg ist auch unser Programmentwurf geschrieben, denn dieser Krieg bahnt sich an, wenn ihm nicht die Revolution zuvorkommt.

K.P.Sch., der mit Lenin immer wieder die Notwendigkeit der konkreten Analyse des konkreten Kriegs betont, stellt eine solche Analyse für den drohenden Krieg explizit nicht an. Er stellt die Analyse des Programmentwurfs und der Kriegsgefahrresolution nicht offen in Frage, geht aber doch stillschweigend von andren Vorstellungen aus. Leider tut er es nur stillschweigend und unter der Hand. Leider versucht er nicht die Lagebeurteilung der 2.o.DK und des Programmentwurfs zu widerlegen und seine eigene mit Tatsachen zu begründen. Dann würde man auch klarer zwischen richtig und falsch unterscheiden können.

Der Krieg, von dem K.P.Sch. ausgeht und von dem man einzig und allein seine Konsequenzen begreifen könnte, ist ein Überfall der SU auf Österreich und dessen Besetzung, wobei die USA und die NATO sich damit abfinden. Mit dem Gerede von "Finnlandisierung" wird eine eventuelle Kapitulation der österreichischen Bourgeoisie gegenüber dem Sozialimperialismus begründet. Auch den bei den seinerzeitigen Versammlungen erörterten Vergleich mit der Situation Österreichs gegenüber Hitlerdeutschland 1938 kann man nur in diesem Zusammenhang verstehen. In einem solchen Krieg wäre das "nationale Moment" der Verteidigung Österreichs gegenüber dem Überfall des Sozialimperialismus bestimmend. Die Bourgeoisie würde Österreich vielleicht nicht verteidigen - "Finnlandisierung"und ihre allgemeine Käuflichkeit ! - umso mehr wäre das die Aufgabe des Proletariats. Dieser Kampf des Proletariats gegen den unmittelbaren Feind, den äußeren Aggressor, würde sich gegen die österreichische Bourgeoisie nur insofern richten, als sie vor dem Feind kapitulieren würde. Er würde geführt im Bundesheer, zusammen mit dem Bundesheer, mit Mitteln des Volkskriegs schließlich als der höchsten und wirkungsvollsten Form der Verteidigung. Alle diese Überlegungen finden sich mehr oder weniger ausgesprochen bei K.P.Sch. Sie haben gemeinsam, daß sie nicht von den Tatsachen ausgehen und ein Hohn gegenüber der geforderten konkreten Analyse sind. Ignoriert wird die tatsächlich internationale Stellung Österreichs und seine teilweise Eingliederung in die NATO. Ignoriert wird die Tatsache, daß die USA Österreich keinesfalls "opfern" und "preisgeben" würden.Ignoriert wird, daß Österreich zum Schauplatz des Kriegs der Supermächte und ihrer Militärblöcke gerade als Durch- und Aufmarschgebiet werden kann, daß die Besetzung Österreichs aber kein eigenständiges Kriegsziel darstellt.

Den Unterschied zwischen der wirklichen Situation und dem wirklich drohenden Krieg einerseits und dem, was K.P.Sch. als Ergebnis seiner "konkreten Analyse" ausgibt, andrerseits, muß man sich vollständig klar machen. Denn würde tatsächlich unmittelbar und ganz akut ein sozialimperialistischer Überfall auf Österreich, der sich nicht sofort zum Krieg der Supermächte "ausweitet" bzw. vielmehr dessen erster Akt wäre, drohen, dann würden wir in der Tat eine andre Politik einschlagen, wie es auch die KPÖ unmittelbar vor dem Einmarsch Hitlerdeutschlands 1938 getan hat. Dann würde tatsächlich die Verteidigung Österreichs gegen den ausländischen Aggressor die erste Aufgabe und der Gegensatz von Proöetariat und österreichischer Bourgeoisie würde vorübergehend an die zweite Stelle treten. Dann würde tatsächlich die Bourgeoisie insofern und insoweit bekämpft insofern und insoweit sie die Verteidigung Österreichs behindert, sabotiert und verrät.
Dann würde tatsächlich die Bildung einer nationalen Front und auch gegebenenfalls einer "Volksregierung", einer Regierung der nationalen und demokratischen Kräfte auf der Tagesordnung stehen. Aber dann würde man das natürlich offen sagen können und s.gen müssen. Dann würde man nicht sagen, daß die nationale Verteidigung dem Kampf um die sozialistische Revolution untergeordnet ist, es sei denn in dem allgemein historischen Sinn, daß das Proletariat immer für die permanente Fortführung der Revolution für den Übergang von einer Etappe zur andren bis hin zum kommunistischen E Endziel ist. Das ist aber natürlich etwas ganz anderes, als wenn wir heute sagen und dies verbal auch K.P.Sch. anerkennt, daß der Kampf um Demokratie im allgemeinen, der Kampf für Frieden und nationale Unabhängigkeit im besonderen dem Kampf um die sozialistische Revolution dient und ihm direkt und vollständig untergeordnet ist.

Heute ist die Situation nicht so wie 1938 und es bahnt sich auch keine solche Situation an. Niemand, auch nicht G.H., der die wildesten Spekulationen über ein mögliches "Überwiegen des nationalen Moments" im drohenden Krieg anstellt, kann das, zumindest nicht für den gegenwärtigen Zeitpunkt, offen behaupten. G.H. suggeriert, daß sich in Zukunft eine solche Situation wahrscheinlich entwickeln werde. K.P.Sch. legt solche Anschauungen über die gegenwärtige Lage und die weitere Entwicklung nur stillschweigend zugrunde. Sie werden von ihm sozusagen eingeschmuggelt, um in der Folge revisionistische Au:ffassungen wenigstens halbwegs plausibel erscheinen lassen zu können.

Was mit der Verfälschung der konkreten Einschätzung der Marxisten-Leninisten über die internationale politische Lage beginnt, endet nämlich mit der Verfälschung der Lehren von Marx und Lenin über die proletarische Revolution. Während in Worten viel von Klassenkampf und der Revolution die Rede ist, geht K.P.Sch. in Wahrheit nicht vom Kapitalismus und Imperialismus in Österreich, von der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die österreichische Bourgeoisie, von der Notwendigkeit der sozialen Revolution und - als des nächsten Schrittes zu diesem Zweck - des Sturzes der österreichischen Bourgeoisie und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat aus. Die Frage von Krieg und Frieden stellt er nicht in <u>diesen</u> Zusammenhang, als <u>eine</u> Frage des Klassenkampfs, eine <u>Teil</u>frage dem Ganzen <u>untergeordnet</u>, was auch einschließt, daß man die Frage der Revolution nicht ausschließlich im Hinblick auf Krieg und Frieden stellen kann. Wenn die österreichische Arbeiterklasse sich unter den heutigen Bedingungen befreien will, d.h. Ausbeutung und Unterdrückung loswerden und unter anderen auch den ihr möglichen Beitrag im Kampf gegen den drohenden Krieg leisten will, dann muß sie die politische Macht erobern, die österreichische Bourgeoisie stürzen, daher auch ihren Gewaltapparat, vor allem das Militär schwächen und zersetzen. Das ergibt sich aus der Gesamtheit der gegebenen ökonomischen, soialen und politischen Verhältnisse auf der Welt und in Österreich. Der Kampf gegen den Krieg ist daher ein wichtiger Teil des Klassenkampfes und von entscheidender Bedeutung, um an die Revoltuion heranzukommen, aber er ist dem Kampf um die sozialistische Revoltuion untergeordnet.

Der Kampf um die sozialistische Revolution ist der Kampf un die Macht, die Frage der politischen Macht daher die Schlüssefrage des Ganzen und seit jeher der Springpunkt in der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus. Gerade die Frage der politischen Macht umgeht K.P.Sch. Um das zu können, ihm einen Schein von Plausibilität zu verleihen und es möglichst zu vertuschen, schmuggelt er auch falsche Vorstellungen über die politische Lage und die Taktik der Kommunisten ein. Aber das Umgehen und Vertuschen der Frage der politischen Macht ist der Kern der Sache und durchzieht die ganze Stellungnahme von K.P.Sch.

6. Das Proletariat heißt es bei ihm z.B., soll den "Volkskrieg vorbereiten" und im Kriegsfall "den Vdkskrieg führen", denn das sei der einzig wirkliche Weg der Verteidigung Österreichs. Zum Kriegführen braucht man das Kommando über die Waffen. Das gilt für jeden Krieg, ob gegen äußeren oder inneren Feind. Man kommt dabei um die Frage nicht herum, daß heute bei uns die Bourgeoisie und nur die Bourgoisie über bewaffnete Formationen und über das Kommando der Waffen verfügt. Die Bourgeoisie ist aber unser unmittelbarer Gegner, den es zu stürzen gilt. Worum es geht ist daher die Zersetzung der bürgerlichen Armee durch den Klassenkampf. Das ist notwendig für die Revolution und bis zur Revolution, in Friedens- wie in Kriegszeiten. Mit "Vorbereitung des Volkskriegs" gegen einen

äußeren Feind hat das nicht viel zu tun. Dagegen hat es viel mit der Vorbereitung der Revolution gegen die österreichische Bourgeoisie zu tun. Der Kampf um die Revolution ist dabei auch die Vorbereitung für den Kriegsfall, die entscheidend ist für das Proletariat, in dem Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie umwandeln, die Macht erobern und damit Bedingungen schaffen kann, unter denen es erst etwas im Volkskrieg zu verteidigen gibt.

Bricht der Krieg aus, gilt es laut K.P.Sch. den "Volkskrieg zu führen" " Das Übergehen auf die Seite einer Supermacht bzw. die Kapitulation und die Führung eines ungerechten, imperialistischen Krieges - das wird die Fortsetzung der Politik der Westeuropäischen Monopolbourgeoisie sein, falls der Krieg zwischen den beiden Supermächten ausbricht, Der Volkskriegx,ein gerechter, nationaler Verteidigungskrieg gegen eine oder beide Supermächte - das wird die Fortsetzung des Kampfes um nationale Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte sein, die Fortsetzung der Poltik der Arbeiterklasse und aller Demokraten und Patrioten."(S.27)
Zwei Klassen- zwei Linien. Aber wie nur eine der beiden Klassen an der Macht sein kann, so kann nur eine Linie zum Zug kommen. Die Arbeiterklasse kann ja nicht von den Tatsachen der Herrschaft der Bourgeoisie und der bürgerlichen Armee absehen, die Bourgeoisie links liegen lassen und mit dem Volkskrieg beginnen. Zwischen den beiden "Linien" steht nicht mehr oder weniger Druck der Arbeiterklasse und des Volkes auf die Bourgeoisie, sondern der Sturz der Bourgeoisie, die Zerstörung ihres Gewaltapparates, ihrer Armee, und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Man muß sich die Sache nur praktisch vorstellen. Der Krieg bricht aus, die Sozialimperialisten marschieren in Österreich, es befindet sich die ganze wehrpflichtige männliche Bevölkerung in der bürgerlichen Armee, unter dem Kommando der Bourgeoisie, an der Seite und im Rahmen der NATO und somit unter dem Oberkommando der USA. Die Massen werden in einen imperialistischen Krieg getrieben. Diesen Krieg können sie befürworten und unterstützen oder ablehnen wobeisie in diesem Fall die Taktik des revolutionären Defaitismus einschlagen, wie dies in der Resolution der 2. o. DK dargelegt wird. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Vom "nationalen Moment" und vom "Volkskrieg" kann man höchstens reden. Man kann sich gegen den Krieg stellen und damit die Armee und die "Verteidigungskraft" schwächen. Oder man kann mit Phrasen vom "Volkskrieg" und mit Kautskyanischen Spekulationen über das "nationale Moment" den Krieg praktisch rechtfertigen oder zumindest unterstützen. Man kann so mit "nationalen" Worten die imperialistischen Taten beschönigen. Man kann sich so zum Sozialchauvinisten und Sozialimperialisten machen. Der Fehler bei K.P.Sch. liegt darin daß er die Frage der Verteidigung Österreichs losgelöst von der Frage stellt, welche Klasse die Staatmacht hat, den Krieg führt und um welchen Krieg es sich dabei handelt. Das Proletariat kann nicht unter dem Kommando der Bourgeoisie und des Imperialismus die Linie der "revolutionären Verteidigung" im "Volkskrieg" einschlagen. Andererseits kann das Proletariat auch nicht davon absehen, daß die Bourgeoisie das Kommando im Staat und in der Arme hat und so tun als ob es die Bourgeoisie, die bürgerliche Armee, und die Tatsache, daß die ganze männliche wehrpflichtige Bevölkerung in der bürgerlichen Armee steht und am imperialistischen Krieg teilnimmt, nicht gäbe. Die "Linie der revolutionären Verteidigung" kann nur eingeschlagen werden durch die und nach der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat und das Ausscheiden aus dem imperialistischen Krieg. Gerade das, die Frage der Staatsmacht, wird offenkundig von K.P.Sch. verwisch t

7. Deshalb kommen in seiner Stellungnahme auch so verwaschene Zie le vor, wie die " Macht der österr. Demokraten und Patrioten", die es zu erkämpfen gelten soll. (S.27) Von dieser Macht heißt es immer wieder, daß sie - selbstverständlich! - unter der Führung der Arbeiterklasse stehen muß. Andererseits liest man auf der Seite 25 über diese "Volksregierung" : "Es ist für das Proletariat jedoch durchwegs von Interesse, wie weit die herrschendenKlassen unter dem Druck der Massenbewegung von ihrer Toleranz gegenüber den Agresso en abstand nehmen. Das Prletariat wird sicherlich auch jede Regierung der nationalen Einheit, die auf der Basis eines festen Bündnisses aller demokratischen und patriotischen Kräfte beruht, unterstützen, auch dann, wenn es sich dabei noch nicht um eine Regierung der Diktatur des Proletariats handelt, auch dann, wenn sich die Regierung selbst noch keine sozialistischen Ziele setzt. Und das ruhigen Gewiseens tun können, denn eine Regierung der nationalen Einheit, die diesen Namen verdient, wird keine Regierung des Monopolkapitals mehr sein." (S.25) Es handelt sich also um eine Regieung, die das Proletariat - wohlgemerkt nicht führt - sondern"unterstützt"! Offensichtlich ist also die "Volksregierung" der "Patrioten und Demokraten" eine bürgerliche Regierung. Direkt oder indirekt wird hier einer "antihegemonistischen" Zwischenetappe das wort geredet, wie wir es schon von der "antimonopolistischen Demokratie" der Revisionisten her kennen. Und zwar in einer Situation in der es vor der sozialistischen Revolution keine andere Etappe gibt und geben kann. Es handelt sich hier offensichtlich um den direkten oder indirekten Verzicht auf die sozialistische Revolution. Es gibt nähmlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder K.P.Sch. geht direkt davon aus, daß es bei uns <u>nicht</u> unmittelbar um die sozialistische Revolution geht, d.h. um die Eroberung der Macht durch das Proletariat, sondern zunächst um ein anderes strategisches Ziel, wenn auch nur als eine Etappe auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats. Oder er faßt die " Volksregierung " als " Form des herankommens " an die Revolution auf. Wie kann man aber an das unmittelbar nächste Ziel herankommen, indem man es aus dem Auge verliert. Nicht, daß es nicht spontan zu allen möglichen Übergangsformen und allen möglichen Sachen im Zuge der sozialistischen Revolution kommen könnte! Vielleicht sitzen wir teilweise zusammen mit diesen oder jehnen Bürgerlichen in einer Regierung! Möglich ist vieles. Aber die Übergangsformen und halben Sachen zum Ziel zu erheben - das heißt in Wahrheit auf das tatsächlich anstehende unmittelbar nächste Ziel, die sozialistische Revolutionzu verzichten. Man macht in diesem Fall indirekt das selbe wie im ersteren Fall direkt. Mit "herankommen an die Revolution" hat das in beiden Fällen nichts zu tun. So etwas heute zu propagieren, heißt, von der entscheidenden Frage des Klassenkampfes abzulenken, davon, daß das österr. Proletariat aus seiner gesamten heutigen ökonomischen, sozialen und politischen Lage heraus, darunter auch wegen des drohenden Kriegs vor der unmittelbaren Aufgabe der Eroberung der politischen Macht steht. Davon abzulenken aber heißt, grundsätzlich von unserem Programm und vom Marxismus Leninismus abzuweichen. Das ist keine bloße Frage der Taktik mehr, sondern eine Grundsatzfrage.

8. Die Preisgabe des Klassenstandpunkts und die Degradierung des Proletariats zum Anhängsel der Bourgeoisie zeigt sich in der Stellungnahme von K. P. Sch. noch an einer anderen Frage, nähmlich an der Frage, wie der Kampf um nationale Unabhängigkeit und gegen den Krieg zu führen ist. Wir gehen davon aus, daß dieser Kampf ein Teil des allgemeinen Klassenkampfs des Proletariats ist, d.h. auf dasselbe Ziel gerichtet ist, den selben Hauptfeind im inneren und dieselben äußeren Feinde hat und wie der Klassenkampf überhaupt,

richtig nur als Kampf um selbständige Forderungen des Proletariats geführt werden kann. Wir führen den Kampf um diese Forderungen und versuchen, die Bourgeoisie dazu zu zwingen, sie ganz oder teilweise zu erfüllen. Je mehr uns das gelingt, umso besser. Widersprüche im Lager des Gegners, vor allem zw. der österr. Bourgeoisie und äußeren Feinden der Revolution . . in Österreich, können wir dabei ausnutzen. Im Z ge der Entwicklung kann die Bourgeoisie durch den Klassenkampf gezwungen werden oder durch die Entwicklung der Lage gezwungen sein, verschiedene Maßnahmen zu setzten, die im Interesse der Arbeiterklasse sind oder von der Arbeiterklasse a usgenutzt werden können. Keinesfalls verhält es sich aber so, daß wir diese oder jene "Seite", diesen oder jenen "Aspekt" der Bourgeoisie "unterstützen". Das Einzige, wozu diese Phrase führt, ist, die Arbeiterklasse auf die Bourgeoisie zu orientiren, statt auf den Klassenkampf um die eigenen Interedsen, die Politik der Bourgeoisie zu beschönigen und die Frage von Krieg und Frieden nicht zur Verschärfung sonder zur Abschwächung des Klassenkampfes zu nutzen, gleichgültig, ob man ständig das Gegenteil beteuert.

9. Auf den Seiten 18/19 demonstriert K.P.Sch.,wie sehr ihm der Kampf um Unabhängigkeit und gegen die Supermächte losgerissen, verselbständigt, und getrentt ist vom übrigen Klassenkampf. " Es sit jedoch keineswegs so, daß die bloße Entfaltung der Volkskämpfe notwendigerweise bereits eine Stärkung der nationalen Unabhängigkeit eines Landes mitsich führt."( S.18) Er zeigt dann am Beispiel Sudan, wie er die Sache sieht. Aber worum geht es wirklich? Es geht offenkundig um die Frage der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der politischen Linie im Klassenkampf und nicht um die " Verbindung" des KLassenkampfs mit dem Kampf um die nationale Unabhängigkeit. Wird der Klassenkampf auf einer richtigen Linie geführt, dann xxxxx schließt er diesen Kampf ein und kann nicht im Interesse des Imperialismus oder einer Supermacht liegen.

DAs mag als Kleinigkeitgelten, oder als ein falscher Zungenschlag, aber die Kleinigkeiten - und das kennen wir schon von der 2.o. DK- summieren sich und es sind immer Fehler inder selben Richtung, in der Richtung nähmlich, den Kampf um Frieden und nationale Unabhängigkeit vom Klassenkampf loszutrennen, als selbständige Frage zu behandeln, bürgerlich zu behandeln. Wo Phrasen vorgeschoben werden und eine falsche Linie nicht offen ausgebreitet wird, muß man auch die scheinbaren Kleinigkeitenund falschen Zungenschläge zusammentragen, um ein richtiges Bild zu bekommen.

1o. Ein Wort jetzt noch zum ersten Teil der Stellungnahme von K!P.Sch. Hier widerspiegeln sich seine Fehler natürlich ebenfalls. Im Abschnitt über den ersten Weltkrieg versucht er vor allem, die Leninsche Position äußerst zu relativieren. Sie gilt - Lenin sagt das klar - für den imperialistischen Krieg. K.P.Sch. versucht das mit allen Mitteln zu relativieren und einzuschrenken, zuerst indem er die Betonung einseitig darauf legt, daß der 1. Weltkrieg ein Kampf um die Kolonien und nicht um die"Errichtung einer Fremdherrschaft über die Franzosen oder die Russen" war. ( Vergleiche S.2) [illegible] der [illegible]. Es muß jedem Genossen empfolen werden, nachzulesen, was Lenin über diese Möglichkeit tatsächlich schreibt (LW 22, S.313-317), auf die er eingeht, wei[illegible] die Imperialistischen Ökonomisten sie- neben ihrer internationalistischen Haltung im 1. Weltkrieg - prinzipiell leugneten, woraus eine Reihe von Fehlern im Kampf gegen den Krieg resultierten. Als ob speziell das den von beiden Sei[illegible] [illegible]rialistischen Charakter d[illegible] ausgemacht hätte!
Als ob das für die Frage des Charakters des Kriegs das Einzige und Entscheidende wäre!Als ob speziell das den von beiden Seiten imperialistischen Charakter des 1. Weltkriegs ausgemacht hätte! Lenin betont dagegen immer wieder, daß der Charakter des Kriegs vom Charakter der Politik abhängt, diemittels des Kriegs fortgesetzt

wird. Nicht umsonst stammt die Unterstreichung im Leninzitat auf Seite 2, (LW 23 S. 24 f. ) nicht von Lenin, sondern von K.P.Sch. (oder von G.H., wo das ebenfalls der Fall ist), was er zumindest anmerken hätte sollen. Insgeamt müht sich K.P.Sch. ab, mit Leninzitaten die Möglichkeit und nicht nur die Möglichkeit, sondern geradezu die Alltäglichkeit nationaler Kriege in Europa zu "belegen", als ob das der Regelfall wäre. Es muß jedem Genossen empfohlen werden, nachzulesen, was Lenin über diese Möglichkeit tatsächlich schreibt (LW 22, S. 313-317) , auf die er eingeht, weil die imperialistischen Ökonomisten sie - neben ihrer internationalistischen Haltung im 1. Weltkrieg-prinzipiell leugneten, woraus eine Reihe von Fehlern im Kampf gegen den Krieg resultierten. Bei der Darstellung der Position Lenins im 1. Weltkrieg gerade diese Seite die Seite des Kampfes gegen den imperialistischen Ökonomismus in den Reihen der Internationalisten, eine Nebenseite seines Kampfes hervorzuheben, wird dem Geist Lenins, der v.a. einen entschiedenen Kampf gegen den Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus geführt hat, sicherlich nicht gerecht. Was aber wichtiger ist: Lenin führt an der genannten STelle (LW 22, S. 315) sehr genaue Bedingungen an, unter denen aus dem imperialistischen 1.Weltkrieg theoretisch nationale Kriege werden könnten: " Siege von der Art der Siege Napoleons", "Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten", also Beispielsweise soetwas wie die Auslöschung Österreichs 1938. Wenn K.P.Sch. diese Position mittels des Satztes von den "kleinen (nehmen wir an, Annektieren oder national unterdrückten) Staaten " (S.316), den er mühsam in seinem Sinn uminterpretiert, verfälscht und ausnutzt zur Rechtfertigung der Position, daß gerechte Kriege "kapitalistscher Staaten, die sich gegen die Einschränkung ihrer nationalen Unabhängigkeit ...wehren" (!) möglich und üblich wären, so heißt daß -abgesehen davon, daß es den konkret drohenden Krieg überhaupt nicht trifft - schon ziemliches Schindluder mit Lenin treiben.

11.Noch schlimmer wird die Methode, sich alles so zu richten, wie man es braucht, beim zweiten Weltkrieg. der 2. Weltkrieg war zunächst ein von beiden Seiten imperialistischer Krieg. Dabei "blieben die Kommmunisten nicht stehen" (S.5) . Haben die Kommunisten aber damals diese klare Position verwässert, wie K.P. Sch. es tut? Das haben sie nicht! Pieck ist dabei "stehen geblieben":" Der Krieg zwischen England, Frankreich und Deutschland ist ein imperialistischer Krieg, der von den Kapitalmächten dieser Länder um die Neuaufteilung der Erde geführt wird, ein Krieg, der von den werktätigen Massen nicht unterstüzt, sonder auf das schärfste bekämpft werden muß" (zitiert nach K.P.Sch. S.8). Pieck hat nicht gesagt: Einerseits ist das ein von beiden Seiten imperialistischer Krieg, aber andererseits muß man im Gegensatz zum 1. Weltkrieg doch Angreifer und Angegriffenen unterscheiden und ist der erste mehr und der zweite weniger imperialistisch und hat dieser daher zumindest einen gerechten"Aspekt" .So etwas, Kautskyanertum reinsten Wassers, Sophisterei statt Dialektik, tut nur K.P.Sch.: "Ganz im Gegensatz zum 1. Weltkrieg, wo zwei imperialistische Koalitionen gleichermasen den Krieg vorbereitet hatten, handelte es sich beim 2.Weltkrieg eindeutig um eine Gruppe von Hauptkriegstreibern,um die faschistischen Staaten. Die Unterscheidung, wer Angreifer und wer Angegriffener ist, die im 1. Weltkrieg hienfällig war, mußte hiensichtlich des 2. Weltkriegs durchaus getroffen werden und wurde auch getroffen."(S.5) Was heißt " ganz im Gegensatz"? In beiden Fällen handelte es sich um einen von beiden Seiten imperialistischen Krieg! In beiden Fällen gibt es

natürlich einen Angreifer und einen Angegriffenen, aber das hat mit dem von beiden Seiten imperialistischen Charakter des Kriegs nichts zu tun. Wenn ein Räuber den andren überfällt, um ihm die Beute abzunehmen, ist es für jemanden, der in der Mitte steht, von Interesse, zu wissen, wer überfällt und wer überfallen wird, aber damit, daß beide Räuber sind, hat das nichts zu tun.
So war es im 1. Weltkrieg, so war es zunächst im 2. Weltkrieg und auch heute leiten wir ja aus der Tatsache, daß der Sozialimperialismus gegenüber dem US-Imperialismus in der Offensive und der Hauptkriegstreiber Nummer 1 ist, nicht den Schluß ab, daß die Abwehr dieser Offensive durch die USA nicht mehr imperialistisch und gerecht sei oder wenigstens einen solchen "Aspekt" habe.

Der Hauptfehler aber liegt auch hier in der Umgehung der Frage der Staatmacht. Die Rede ist von zwei "Linien" in der Vorbereitung des Krieges und zu Beginn wird auch noch gesagt, daß diese Linie den beiden Hauptklassen dieser Länder entsprechen. (S.8)
Was noch gesagt hätte werden sollen, ist, daß die Verdrängung der einen"Linie" durch die andere nicht mehr oder weniger Druck der einen Klasse auf die andere, sondern nur durch die Entmachtung der einen Klasse durch die andere, der Bourgeoisie durch das Proletariat, erfolgen kann. In der Folge ist nömlich viel davon die Rede, was gewesen wäre, wenn sich " die eine Linie durchgesetzt" hätte, und vom "Kampf zwischen diesen zwei Linien ", ohne auf diese Frage hinzuweisen. "In England und Frankreich gewannen (!) bzw. behielten die Monopolkapitalisten die Oberhand " heißt es weiter, wo in Wirklichkeit die Rede davon sein müßte, daß es dem Proletariat nicht gelungen ist - mittels welcher Taktik und mitttels welcher Form des Herankommens an die Revolution auch immer - die Bourgeoisie zu entmachten. Was ist das anderes als die Suggestion der Vorurteile, es ginge hier um weniger als um eine Revolution nämlich"bloß" um die Durchsetzung einer anderen Linie in der Frage von Krieg und Frieden - mittels einer "Volksregierung", wie wir später hören, oder wie auch immer?
Was ist das anderes, als das Umgehen der Frage der Staatsmacht, wie wir es auch im 2. Teil der Stellungnahme immer wieder finden?

Man darf den Berufungen von K.P.Sch. auf Lenin, Stalin und die Komintern nichtGlauben schenken. Vor allem aber muß man versuchen, nicht die Politik, die die Kommunisten in einer anderen Situation gemacht haben mechanisch auf heute zu übertragen, sondern selbst mit Hilfe des Marxismus-Leninismus und unter Beachtung vor allem einer Grundsätze, die konkrete Lage zu untersuchen und sich ein Urteil zu bilden, wie es auch die Kommunisten damals getan haben. Für uns heißt das vor allem, die Linie des Programmentwurfs und d der "Kriegsgefahrresolution" weiter auszuarbeiten, die Fehler des imperialistischen Ökonomismus in der Frage von Krieg und Frieden theoretisch und praktisch in der ganzen Bewegung restlos zu überwinden, den Klassenkampf auch in diesen Fragen auf einer revolutionären Linie zu entfalten und auf dieser Grundlage der Richtung der "Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg" entgegenzutreten. Umgekehrt muß man auch von K.P.Sch. verlangen, klarzulegen, welche konkrte Politik aus seinen Positionen folgt. Insbesondere muß man verlangen, daß gesagt wird, für welche Forderungen die österreichische Arbeiterklasse zum Kampf aufgerufen werden soll, denn in den Forderungen kommt zweifellos immer am deutlichsten zum Ausdruck, welche konkrte Politik man sich vorstellt.

Die Politik und die Auffassungen der chinesischen Genossen sind un uns bei der Ausarbeitung unsrer Linie eine große Hilfe und es gibt keine Differenzen zu ihnen. Gäbe es welche würden wir uns übrigens

genauso verhalten, wie sich auch die KP Chinas anderen marxistisch-leninistischen Organisationen gegegnüber verhält: wir würden unsere Auffassungen darlegen, keineswegs aber - was K.P.Sch. nämlich vorschlägt (S.23) - wie ein "spießiger, liberaler Kleinbürger" Sturm zu laufen beginnen, die Chinesen "klarx,deutlich und öffentlich kritisieren", was kein Zeichen für "revolutionären Mut", sondern äußerst unzweckmäßig und falsch wäre. Dem "großen Bruder" alles "voll und ganz" glauben oder ihn öffentlich anprangern - vor dieser absurden Alternativen stehen wir nicht.

W.L. 27.7.76

PS. Die längere Stellungnahme von G.H. kann und sollte sich jeder Genosse, der sie noch nicht hat, besorgen.